



Ressort: Special interest

Wie sicher ist die Altersvorsorge?

Berlin, 27.08.2025 [ENA]

"Die Renten sind sicher!"

Vor fast 40 Jahren tätigte ein Minister für Arbeit und Soziales (N. Blüm) diesen Ausspruch und wird damit bis zum heutigen Tage zitiert. Mal als Erinnerung an die Politik für die Verantwortung, mal im Zusammenhang mit Hinweisen auf eventuelle Zukunftsprobleme.

Täglich werden Diskussionen geführt, ob die zukünftige Altersversorgung noch im üblichen Rahmen sicher ist, inwiefern die Finanzierbarkeit nicht automatisch in einer Altersarmut endet - zumindest bei der Mehrzahl der normal arbeitenden Bevölkerung. Da die durchschnittliche Rente in Deutschland laut Deutscher Rentenversicherung 2024 etwa 1.600 € betrug (bei mindestens 35 Versicherungsjahren), könnte man auf dieser Basis auch ausrechnen, welcher Durchschnittsverdienst im Arbeitsleben diesem Betrag zugrunde liegt.

Das ist ein "Durchschnittswert" ohne Berücksichtigung von Geschlecht und Region und damit natürlich einer großen Schwankungsbreite unterworfen.

Mittlerweile hat die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung wohl die Diskussionen um die problematische Finanzsituation bei der zukünftigen Sicherung der Renten registriert. So richtig beherzigt haben es aber anscheinend nur wenige, denn sonst müsste man angesichts der Tatsache, dass bei 48% des gegenwärtigen Durchschnittseinkommens ohnehin nur wenige Altersrentner später stark über den Grundsicherungsbetrag hinauskommen. (Andere Quellen geben als durchschnittliche Altersrente für 2024 sogar nur Werte um 1.200 € an.)

Wie hoch die Rentenkasse durch Belastung von Personen gefährdet ist, die aus diesem System mitversorgt werden, ohne dafür vorher einen entsprechenden Beitrag geleistet zu haben, ist nur schwer zu erfahren.

Das ist auch im folgendem Beispiel nicht grundlegend von Bedeutung.

Mittlerweile kennt so jedermann die Bemühungen, den Generationenvertrag durch die persönliche Einbeziehung des zukünftig Betroffenen zu entlasten.

Eigenkapital als Vorsorge war die Zauberformel. "Riestern" wurde durch zahlreiche beworbene Aktionen im großen Rahmen unterstützt. Ein weiteres Konzept war die Rentenerhöhung durch Lohnverzicht, d.h. der Arbeitnehmer konnte einen Teil seines Arbeitsentgeltes in eine Versicherung einzahlen, welche später dann als Einmalzahlung oder Rentenzusatz ausgezahlt wird. (In vielen Fällen hatte man die Aufklärung versäumt, dass Sozialabgaben später auf den Gesamtbetrag erhoben werden - Pech.)

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service

Da waren die sogenannten "Selbständigen" oder "Freien Berufe" irgendwie schon immer ausgenommen. Sie waren u.a. in berufsständischen Versorgungswerken organisiert. Ihnen ging der Ruf voran, Vorteile durch höhere Einkommen und später höhere Renten zu haben. Häufig wurden kritische Stimmen laut, dass sich diese Berufsgruppen aus sozialer Verantwortung zurückziehen würden. Sie müssten mehr Beteiligung bei den Sozialabgaben insgesamt zeigen.

Dass in den meisten Freien Berufen eine Pflicht zur Kammer- und Versorgungswerk-Mitgliedschaft besteht, ist vielen nicht bekannt. Die späteren Leistungen werden ausschließlich durch die Beiträge der Mitglieder finanziert.

Daraus ergibt sich natürlich eine hohe Verpflichtung zum sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Mitteln. Alle Anlagearten sollten seriös und langfristig ertragreich getätigt werden. Im Allgemeinen sollte dieser Grundsatz keine Überraschung bieten und eine Basis für eine stetige Sicherung und Vermehrung der Beiträge sorgen.

Es sei denn, man hat irgendwie den Überblick und die Sachkenntnis verloren und sich in suboptimale oder spekulative Anlageformen verkalkuliert.

So berichteten die Öffentlich Rechtlichen Medien darüber, dass z.B. die Lage des "Versorgungswerkes der Zahnärzte" sehr besorgniserregend sei. Man sei um Schadensbegrenzung bemüht usw. usw..

(Mittlerweile viele Beiträge in den Mediatheken und im Internet zu verfolgen.)

Aber was heisst das im Resultat? Mit Sicherheit Beitragserhöhung und Senkung der Anwartschaften. Wäre auch nicht das erste mal.

Das nur, um den ständigen Hinweis auf die selbständige Vorsorge und die Verpflichtung zur Altersvorsorge in "Eigenregie" etwas in einen neuen Betrachtungswinkel zu bringen. Die großartige Idee, Vorsorge durch Aktienfonds oder ähnlichen (hoffentlich kontinuierlich) profitorientierten Anlageformen von staatlicher Seite zu unterstützen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass man damit wirkliche Fachleute betrauen sollte. D.h. nicht solche, die diese Aufgabe als Möglichkeit sehen, ihre spekulativen Fantasien auszuleben. Die Schiefelage im Versorgungswerk der Zahnärzte (BBB) sollte eine "Lernhilfe" sein.

Bericht online lesen: https://riesenberg.en-a.eu/special_interest/wie_sicher_ist_die_altersvorsorge-92039/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Dr. Jörg Riesenberg

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.